
Beschluss über die psychische Gesundheit im luxemburgischen
Sekundarunterricht
Ausschuss für Bildung
(Übersetzte Fassung)

Der Sekundarunterricht nimmt im Leben vieler Luxemburger*innen einen wichtigen Platz ein. 2025 waren rekordhafte 54.610 Schüler*innen im luxemburgischen Bildungssystem eingeschrieben.¹ Wenn alle diese Schüler*innen in einer Stadt leben würden, wäre diese die zweitgrößte des Großherzogtums. Das psychische Wohlergehen dieser Schüler*innen gibt Anlass zur Sorge.

Die COVID-19-Pandemie und andere weltweite Krisen haben sich nachhaltig negativ auf die psychische Gesundheit junger Menschen ausgewirkt. Mehrere europäische Studien zeigen, dass Angst- und Depressionssymptome während der Schließzeit der Schulen bei Jugendlichen sehr stark zugenommen haben. Laut einer im Jahr 2022 durchgeführten Studie, die auf einer Stichprobe von 7.893 Schüler*innen basiert, wiesen 34,1 % von ihnen Symptome mäßiger bis hoher Angst auf, 20,8 % waren einem Depressionsrisiko ausgesetzt. Laut derselben Studie verspürten 18,2 % der Schüler*innen im vergangenen Jahr die meiste Zeit oder ständig ein Gefühl der Einsamkeit.²

Wir sind besorgt, dass diese psychischen Probleme dazu führen könnten, dass einige Schüler*innen die Schule abbrechen. Luxemburg steht bei den Schulabbrecher*innen im Alter von 16 bis 34 Jahren europaweit an dritter Stelle. Zudem liegt Luxemburg mit einer Quote von 24,8 % deutlich über dem europäischen Durchschnitt von 14,2 %.³

Der Besuch des Sekundarunterrichts sollte sich nicht negativ auf die psychische Gesundheit auswirken. Vor diesem Hintergrund hat der Ausschuss für Bildung des Jugendparlaments einen Beschluss erarbeitet, der die Fähigkeit des luxemburgischen Bildungssystems zur Förderung der psychischen Gesundheit der Schüler*innen verbessern soll, indem die Nutzung der Ressourcen optimiert wird, die bestehenden Strukturen weiterentwickelt werden und die Daten zum Thema regelmäßig aktualisiert werden. So soll sichergestellt werden, dass Fachleute, Schulverwaltungen und Lehrkräfte über qualitativ hochwertige Informationen verfügen, um geeignete Lösungen zu finden.

¹ <https://luxtoday.lu/en/education-and-science/luxembourg-registered-a-record-number-of-students>

² <https://santesecu.public.lu/dam-assets/fr/publications/h/hbsc-rapport-sante-mentale-2024/hbsc-2022-mental-health-report-en.pdf>

³ https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/lfsa_24eab01/default/table?lang=en

In Erwägung nachstehender Gründe:

- A.** Das Jugendparlament ist alarmiert über den Mangel an aktuellen, vertrauenswürdigen und zugänglichen Statistiken und Studien zur psychischen Gesundheit und Angeboten für psychische Gesundheit in den luxemburgischen Sekundarschulen.
1. Das Jugendparlament stellt fest, dass es zwar eine Reihe von Studien gibt, die sich mit einzelnen Faktoren befassen, die die psychische Gesundheit von Schüler*innen beeinflussen können, die Zusammenhänge zwischen diesen Faktoren sowie deren Beziehung zur psychischen Gesundheit im Allgemeinen jedoch oft nicht eindeutig geklärt sind.
 2. Das Jugendparlament stellt fest, dass bedeutsame äußere Faktoren – unter anderem das Schulsystem, in dem sich ein*e Schüler*in bewegt, sein oder ihr Privatleben oder andere mögliche Ursachen für psychische Gesundheitsprobleme oder Stress – bei der Erstellung solcher Studien häufig nicht berücksichtigt werden, was die Identifizierung passender Lösungen erschwert.
 3. Das Jugendparlament weist darauf hin, dass es keine verlässlichen Zahlen zum schlechten Ruf der SePAS unter den Schüler*innen gibt, obwohl entsprechende Aussagen von Schüler*innen vorliegen.
- B.** Das Jugendparlament stellt mit Besorgnis fest, dass die von Einrichtungen wie den SePAS angebotene psychologische Betreuung nicht in Anspruch genommen wird, da die Schüler unter Stigmatisierung leiden, aufgrund von Berichten über schlechte Erfahrungen. Dies hält viele Schüler*innen davon ab, Hilfe zu suchen, aus Angst, von ihren Mitschülern und Lehrern ausgegrenzt oder anders behandelt zu werden. Das bedeutet, dass Hilfsangebote weder flächendeckend verfügbar sind noch ernst genommen werden, was dazu führt, dass viele Menschen, die Hilfe benötigen, diese nicht erhalten.
- C.** Das Jugendparlament ist alarmiert über den Mangel an qualifiziertem Personal im Bereich der Psychologie und der psychischen Gesundheitsversorgung in Luxemburg.⁴ Dies hat Auswirkungen auf die SePAS in den Schulen. Dieser Mangel belastet die SePAS erheblich. Dadurch werden ihre Interventionsmöglichkeiten eingeschränkt, und Schüler*innen werden davon abgehalten, Hilfe in Anspruch zu nehmen.
- D.** Das Jugendparlament sorgt sich um die Tatsache, dass unbehandelte psychische Störungen häufig zu einer Verschlechterung der schulischen Leistungen, zu erhöhten Fehlzeiten sowie zu langfristigen negativen Auswirkungen auf den schulischen und beruflichen Werdegang der Schüler*innen führen. Diese Störungen stehen nämlich in

⁴ <https://infos.rtl.lu/news/luxembourg/la-sante-mentale-des-enfants-et-des-adolescents-se-degrade-2238478> (Absatz 9)

engem Zusammenhang mit steigenden Schulabbruchquoten und einem Rückgang des schulischen Engagements.⁵

1. Das Jugendparlament sorgt sich um die Tatsache, dass eine immer größere Zahl von Schüler*innen wegen der Hausaufgaben, Prüfungen und langfristigen Projekte stark unter Druck steht. Sie sind dauerhaft Stress ausgesetzt, der sich häufig negativ auf ihre psychische Gesundheit auswirkt. Das Jugendparlament nimmt zur Kenntnis, dass eine 2023 durchgeführte Studie zu dem Ergebnis kommt, dass 23 % der Schüler*innen zwischen 11 und 18 Jahren unter viel schulbedingtem Stress leiden, 21 % einen gewissen Stress empfinden, 38 % angeben, ein bisschen gestresst zu sein, und nur 17 % gar keinen Stress empfinden.⁶
- E. Das Jugendparlament stellt fest, dass sich der Sprachunterricht in den Sekundarschulen durch ein sehr hohes Leistungsniveau auszeichnet, was bei den Schüler*innen zu Verunsicherung führt und die erwarteten Ergebnisse beeinträchtigt, wodurch sich ihre psychische Belastung erhöht.
- F. Das Jugendparlament ist alarmiert von der Tatsache, dass 24 % der Schülerinnen und 12 % der Schüler im Alter von 11 bis 18 Jahren in Luxemburg angeben, häufig ein Gefühl der Einsamkeit zu empfinden.⁷
- G. Das Jugendparlament verurteilt aufdringliche und erdrückende Tendenzen und Arbeitsmethoden, die die persönlichen Grenzen der Schüler*innen überschreiten oder bei ihnen jegliche Art von ungerechtfertigtem Unbehagen hervorrufen.
- H. Das Jugendparlament ist besorgt über den Mangel an Sensibilisierung und Wissen der Schüler*innen im Bereich der psychischen Gesundheit, insbesondere was das richtige Verhalten bei Schwierigkeiten oder Notlagen in ihrem Umfeld betrifft.

Das Jugendparlament Luxemburg:

1. empfiehlt die Veröffentlichung leicht zugänglicher jährlicher Statistiken. Es müssen Anstrengungen unternommen werden, um die Sichtbarkeit und die Wirkung dieser

⁵ <https://veille-et-analyses.ens-lyon.fr/DA-Veille/148-avril-2024.pdf> (Seite 8)

⁶

https://orbilu.uni.lu/bitstream/10993/57214/1/Faktenblatt%20nr4_HBSC%20Luxembourg%202022_Freude%20am%20Schulbesuch%20und%20wahrgenommener%20Stress%20durch%20Schularbeit%20bei%20Kindern%20und%20Jugendlichen%20im%20Schulalter.pdf

⁷ <https://gouvernement.lu/dam-assets/documents/actualites/2024/12/16-meisch-jonker-staark-maachen/les-jeunes-au-luxembourg-1.pdf> (Seite 29)

Studien in den Ministerien, in den Schulverwaltungen und bei den Schülern zu verbessern.

2. befürwortet die Einrichtung einer Webseite oder einer App für alle Schüler*innen in Luxemburg, um auf einfache und übersichtliche Weise regelmäßig möglichst genaue und umfassende Daten zu erheben und so einen Überblick über die psychische Gesundheit junger Menschen zu gewinnen.
3. empfiehlt, spezifischere und tiefergehende Fragen zu formulieren, um die potentiellen Ursachen für psychische Probleme zu untersuchen. Insbesondere sollen die Inhalte, die Jugendliche online konsumieren, ihre familiäre Situation oder ihr schulischer Werdegang untersucht werden, um die betroffenen Jugendlichen zu identifizieren, die beteiligten Faktoren zu ermitteln und gegebenenfalls einen Trend festzustellen. Ziel ist es, wie bereits gesagt, einen Zusammenhang zwischen den verschiedenen Faktoren und mit der psychischen Gesundheit herzustellen, um geeignete Lösungen zu finden.
4. fordert die Durchführung von Studien zur Wahrnehmung der Arbeitsmethoden der SePAS sowie der SePAS selbst durch die Schüler*innen, um festzustellen, ob sie ihre Aufgaben ordnungsgemäß erfüllen, und sie gegebenenfalls an die Anliegen und Forderungen der Schüler*innen anzupassen.
5. empfiehlt die Einführung von Maßnahmen, die darauf abzielen, die Schüler*innen mit den SePAS vertraut zu machen, um das allgemeine Wohlbefinden und die Wahrnehmung der SePAS zu verbessern.
 - a. fordert eine verstärkte Sensibilisierung für die Arbeit der SePAS durch regelmäßig durchgeführte Kampagnen und Informationsplakate, wobei deren bedeutender Beitrag zum allgemeinen Wohlbefinden der Schüler*innen hervorgehoben werden soll.
 - b. schlägt regelmäßige Gespräche und Treffen zwischen den Klassen und den SePAS vor, um die Beziehungen zu stärken.
 - c. betont die Notwendigkeit, das Vertrauen zu stärken, indem Ansätze bevorzugt werden, die auf einem Vergleich der Praktiken zwischen den Einrichtungen basieren, um gezielte Lösungen zu entwickeln.
 - d. fordert, dass die SePAS sich und ihre Arbeit zu Beginn des Schuljahres in den Klassen vorstellen.
 - e. fordert, dass die SePAS einen zentralen und sichtbaren Platz im Leben der Schüler*innen einnehmen.
6. ruft zur Verbesserung der Attraktivität der Arbeitsbedingungen auf, um insbesondere, aber nicht ausschließlich, ein breiteres Spektrum an beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten anzubieten. Damit sollen die Effizienz der SePAS

gesteigert, dem Mangel an Fachkräften im Bereich der psychischen Gesundheit entgegengewirkt und mehr Arbeitskräfte gewonnen werden, um eine umfassendere und gezieltere Betreuung der Schüler*innen zu ermöglichen.

7. schlägt den SePAS und den Klassenlehrer*innen vor:
 - a. gemeinsam einen Prüfungsplan zu erstellen, der den Bedürfnissen von Schüler*innen und Lehrkräften gerecht wird,
 - b. regelmäßig die Klassen zu besuchen, um festzustellen, ob und wann die Schüler*innen unter schulischem Stress stehen, und den Prüfungsplan entsprechend anzupassen.
8. ermutigt die Lehrkräfte:
 - a. kurze Hausaufgaben zu stellen, die den Schüler*innen dabei helfen, die Methode der Spaced Repetition anzuwenden,
 - b. den Schüler*innen zu gestatten, ihre Hausaufgaben bereits im Unterricht zu beginnen, um sicherzustellen, dass sie den Stoff beherrschen.
9. ermutigt die Schulverwaltungen, sich regelmäßig über Methoden und Techniken im Bereich des Umgangs mit Schulstress und der psychischen Gesundheit auszutauschen, um bedarfsgerechte Maßnahmen und Lösungen zu finden.
10. empfiehlt die Einführung von Maßnahmen, die darauf abzielen, die Schüler*innen mit den Angeboten des KJT und von SOS Détresse vertraut zu machen, damit sie wissen, wo sie Hilfe und emotionale Unterstützung finden können, insbesondere:
 - a. Vorstellung, durch das SePAS, der in Luxemburg verfügbaren externen Hilfsdienste, insbesondere des KJT und von SOS Détresse, damit die Schüler die verschiedenen bestehenden Unterstützungsmöglichkeiten kennenlernen;
 - b. Regelmäßige Verbreitung von Informationen über externe Hilfsdienste, insbesondere das KJT und SOS Détresse, durch das SePAS, damit die Schüler alternative Hilfsangebote erkennen können, bevor sie sich in einer Krisensituation befinden;
 - c. Organisation von Workshops zum Thema psychische Gesundheit, um die Stigmatisierung rund um dieses Thema abzubauen und die Schüler*innen zu ermutigen, bei Bedarf Hilfe in Anspruch zu nehmen.
11. empfiehlt die Einführung von Maßnahmen zur Stärkung der Früherkennung und Frühintervention bei Schüler*innen mit psychischen Problemen durch die Anlaufstelle für Früherkennung und frühzeitige Intervention (SDIP):
 - a. Systematische Informierung der Schüler*innen und ihrer Familien, durch das SDI, über die in Luxemburg verfügbaren externen Hilfsangebote, insbesondere das KJT und SOS Détresse;

- b. Weitervermittlung der Schüler*innen an externe Betreuungsstellen, insbesondere an das KJT und SOS Détresse, sofern dies sinnvoll ist und sie zusätzliche oder außerhalb des schulischen Rahmens liegende Unterstützung in Anspruch nehmen möchten;
 - c. Organisation von Workshops zum Thema psychische Gesundheit, um die Stigmatisierung rund um dieses Thema abzubauen und die Schüler*innen zu ermutigen, bei Bedarf Hilfe in Anspruch zu nehmen.
- 12.** befürwortet eine Reform des Sprachunterrichtsmodells hin zu einem zweistufigen System, das heißt, die Schüler*innen sollen in Leistungs- und Regelklassen eingeteilt werden. Die Regelklassen würden auf den schrittweisen Erwerb einer zunehmend ausgefeilten Grammatik, Syntax und eines entsprechenden Wortschatzes abzielen. Die Leistungsklassen würden darüber hinaus die Analyse verschiedener Arten literarischer Werke in den betreffenden Sprachen anbieten. Die Anzahl der Sprachen bliebe unverändert, doch mindestens eine der gewählten Sprachen würde auf fortgeschrittenem Niveau unterrichtet werden. Diese Wahl würde in der 9. Klasse getroffen und auf den schulischen Leistungen der Schüler*innen im vorangegangenen Jahr basieren.
- 13.** fordert die Schulen auf, strengere Sanktionen bei Mobbing zu verhängen, beispielsweise durch vorübergehende Ausschlussmaßnahmen, verbunden mit der Verpflichtung, eine bestimmte Anzahl von Stunden psychologischer Betreuung in Anspruch zu nehmen.
- 14.** fordert, das Angebot an außerschulischen und schulbegleitenden Aktivitäten in verschiedenen Bereichen an den Schulen auszuweiten und aktiv zu fördern. Dadurch sollen sich die Schüler*innen in einem sozialeren Umfeld entwickeln können, umgeben von Menschen mit gleichen Interessen. So soll ihr Gefühl der Einsamkeit verringert werden.
- 15.** schließt sich der Initiative „Erste Hilfe für psychische Gesundheit“ (PSSM) an und fördert deren Einführung an allen Sekundarschulen, um die Resilienz der Schüler*innen und ihre Fähigkeit, mit problematischen Situationen umzugehen, zu stärken.

Es liegt auf der Hand, dass der Staat nicht alle unserer vorgeschlagenen Maßnahmen sofort umsetzen kann. Wir sind uns dieser Einschränkungen voll und ganz bewusst. Sie dürfen jedoch nicht als Vorwand für Untätigkeit dienen. Wir fordern die luxemburgische Regierung daher nachdrücklich auf, unverzüglich einen klaren und schrittweisen Umsetzungsprozess einzuleiten.

Die Daten belegen eine zunehmende Krise der psychischen Gesundheit bei Jugendlichen, die eng mit dem schulischen Leistungsdruck verbunden ist. Laut dem Nationalen Jugenddienst (2025) geben 23 % der Schüler*innen im Alter von 11 bis 18 Jahren an, unter hohem schulbedingtem Stress zu leiden.⁸ Es handelt sich hierbei nicht um ein Randphänomen, sondern um ein strukturelles Problem. Dieser Druck führt zunehmend zu physischen und psychischen Gesundheitsproblemen, die sich spürbar auf das Wohlbefinden, die schulischen Leistungen und die Gewissenhaftigkeit der Schüler*innen auswirken.

Diese Situation wird durch systemische Faktoren verschärft. Das luxemburgische Bildungssystem, das hohe sprachliche Anforderungen stellt, bedeutet eine zusätzliche Belastung für die Schüler*innen, insbesondere für diejenigen, die bereits schulische Schwierigkeiten haben. Kommen zum schulischen Druck soziale Schwierigkeiten hinzu, wie das Gefühl, von den Lehrkräften nicht verstanden zu werden, oder Mobbing, steigt das Risiko, dass sie sich zurückziehen, erheblich. Dies hat nicht nur erhöhte Fehlzeiten, sondern auch langfristige negative Auswirkungen auf den Bildungsweg zur Folge.

Gleichzeitig ist der Zugang zu Hilfe nach wie vor unzureichend. Den bestehenden psychologischen Beratungsdiensten wie den SePAS mangelt es an Glaubwürdigkeit bei den Schüler*innen. Daher zögern viele, Hilfe in Anspruch zu nehmen – aus Angst vor Stigmatisierung oder Diskriminierung. Diese Wahrnehmung ist kein Einzelfall, sondern wird durch wiederkehrende negative Erfahrungen verstärkt. Dadurch entsteht ein allgemeines Klima des Misstrauens.

Zudem behindert der Personalmangel bei den SePAS sowohl die frühzeitige Intervention als auch den raschen Zugang zu Unterstützung erheblich.

Zusammen genommen verdeutlichen diese Probleme die dringende Notwendigkeit einer Strukturreform. Ohne entschlossenes und rasches Handeln werden sich die langfristigen Folgen für die Schüler*innen und die Gesellschaft insgesamt nur noch verschlimmern. Die hier vorgeschlagenen Lösungen sind nicht als endgültig anzusehen, sondern sollen als Ausgangspunkt dienen, um dieses große Problem in unserem Bildungssystem anzugehen.

Das Jugendparlament betont, dass eine gute psychische Gesundheit eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Schulbildung im Sekundarbereich ist. Psychische Gesundheitsprobleme müssen ebenso ernst genommen werden wie körperliche und dürfen nicht auf eine Art „Theatralik“ reduziert werden.

8

https://orbilu.uni.lu/bitstream/10993/57214/1/Faktenblatt%20nr4_HBSC%20Luxembourg%202022_Freude%20am%20Schulbesuch%20und%20wahrgenommener%20Stress%20durch%20Schularbeit%20bei%20Kindern%20und%20Jugendlichen%20im%20Schulalter.pdf